

Asyl: Die Mitte will Gewerbe- und Industrieräume öffnen

Die Asylkrise beschäftigt die Schwyzer Politik. Die Mitte-Kantonsräte Irene Huwyler und Mathias Bachmann erkundigen sich nach zusätzlichen Möglichkeiten.

Jürg Auf der Maur

«Jetzt kommt die Asylkrise bei der Schwyzer Bevölkerung an. Jetzt ist sie unmittelbar spürbar.» So reagiert der Oberberger SVP-Nationalrat Marcel Dettling auf die Schliessung der Mehrzweckhalle in Galgenen. Die Gemeinde hat diesen Schritt Ende letzter Woche den Vereinen mitgeteilt und ihnen ihre Hilfe bei der Suche nach Ersatzlösungen angekündigt. Grund für den gemeinderätlichen Entscheid sind zusätzliche Raumkapazitäten, welche die Gemeinde für die wieder steigende Zahl der Asylbewerber organisieren muss (siehe «Bote» von gestern).

Das ist alles andere als einfach, vor allem in der Region Ausserschwyz. Hier kommt nämlich zu den derzeit hohen Asylzahlen dazu, dass günstiger Wohnraum so gut wie nicht auffindbar ist. Deshalb hat sich der Gemeinderat für die Schliessung eines Mehrzweckraums entschieden, der bereits ab dem 4. Dezember für die neue Benutzung umgebaut werden soll und voraussichtlich für längere Zeit den Vereinen nicht mehr zur Verfügung steht.

Die Mitte will neue Räume ermöglichen

Auf das grundsätzliche Problem, das hinter dem «Galgener Entscheid» steckt, hat die Mitte-Partei Schwyz in einer Kleinen Anfrage hingewiesen. «Der Wohnraum im Kanton Schwyz ist bereits sehr knapp. Die Leerstandsquote liegt vielerorts bei nahezu 0 Prozent», halten Mitte-Kantonsrat Mathi-



as Bachmann (links) und Irene Huwyler wollen von der Regierung wissen, wie auch Bezirke und Gemeinden leer stehende Gewerbe- und Industrieflächen für Asylunterkünfte nutzen könnten.

Bilder: Archiv

as Bachmann (Merlischachen) und Parteikollegin Irene Huwyler (Rickenbach) fest. Um alle Flüchtlinge unterbringen zu können, müsse «deutlich mehr Kapazität geschaffen werden», hielten die beiden fest.

«Eine Lösung für diese Herausforderung könnten leer stehende Gewer-

beräume oder Industriebauten darstellen», ist sich Mathias Bachmann sicher. Zwar sei das Wohnen in solchen Gebäuden grundsätzlich verboten. Der Kanton habe selbst Platz für 140 Flüchtlinge aus der Ukraine geschaffen, indem er eine kleine Zeltstadt errichtete. Das sollen auch Bezirke und Gemeinden

dürfen, regt Irene Huwyler an. Die Regierung soll aufzeigen, wie die Bezirke und Gemeinden vorgehen müssten und welche Instrumente es gebe, damit diese kurzfristig, ohne Baureglement- und Zonenplanrevision, Gewerbegebiet oder Industriezonen für Asylsuchende nutzen könnten.